

Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg

Politik und

Demokratie
als Lebensform?

● 1/11

Ab in die Politik. Mit den letzten Hamburger Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen sind auch einige Aktive aus den Jugendverbänden in die Parlamente eingezogen. Glückwunsch. Das demokratische Handwerkszeug, das in Jugendverbänden erlernt wird, hilft gewiss weiter. Für Multiplikatoren in den Hamburger Jugendverbänden ist es gut zu wissen, wen man »in der Politik« auch mal direkt ansprechen kann.



Fotos © bei den jeweiligen Personen

Robert Bläsing (links) ist bei der Deutschen Beamtenbundjugend aktiv, zudem Vorsitzender der FDP Hamburg-Nord und seit März 2011 nunmehr Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Der Diplom-Verwaltungswirt arbeitet in der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation. **Marc Buttler** (mitte) war lange Jahre Vorsitzender des Landesjugendringes und führt weiterhin die Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände an. Im Wahlkreis 12 ist der Jurist nun direkt für die SPD in die Bezirksversammlung Wandsbek gewählt und von seiner Fraktion zum jugendpolitischen Sprecher bestimmt worden. **Henrik Strate** (rechts) ist aktiv bei der Jugendfeuerwehr Hamburg und bei der SPD. Der Student der Stadtplanung an der HafenCity Universität wurde in die Bezirksversammlung Altona wiedergewählt.



Fotos © bei den jeweiligen Personen

Raus aus dem Verband. Irgendwann muss einmal Schluss sein. Auch für langjährige Aktive, die kaum – dank ihres Engagements – aus ihrem Jugendverband wegzudenken sind und zunächst eine große Lücke hinterlassen werden. **Günther »Günni« Herberholz** (links) verabschiedete sich mit einer großen Abschiedsparty vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend und der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg. Auch der langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Hamburger Pfadfinderverbände, **Sven »Uglu« Barth** (rechts), legte sein Amt nieder. Der Landesjugendring dankt beiden für ihre konstruktive und engagierte Mitarbeit in unseren Gremien. (jg)

Kommentar

- 3 »Gutes Regieren« auch für die Hamburger Jugendverbände?**
Machtwechsel im Hamburger Rathaus
Julia Sammoray, LJR-Vorsitzende

Titelthema:
Demokratie als Lebensform?

- 5 Der politische Mensch**
Demokratie als Lebensform
Oskar Negt, Hannover
- 7 Demokratiebildung am Ende?**
Jugendverbände zwischen Familiarisierung und Verbetrieblichung
Helmut Richter und Benedikt Sturzenhecker, Hamburg

Vielfalt! Jugendarbeit

Serie: Die Wirkungsstätten

- 13 »Man muss bewegen, was man bewegen möchte«**
Wirkungsstätten historisch: Heime für Jugendgruppen, der Aufbau moderner Jugendarbeit und der Anstoss zur Abschaffung der Prügelstrafe
Marie-Charlott Goroncy, Hamburg

Nachrichten

- 17 Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2012**
Ausschreibung

Ausbildung zum/r Jugendleiter/in

Zwei Seminarangebote des Landesjugendrings Hamburg

18 Alternative Stadtrundfahrten

Politisch-historische Bildung vor Ort: Hamburg im Nationalsozialismus – Verfolgung und Widerstand

19 Die Jugendhilfeausschüsse werden gewählt – die Regionalen Bildungskonferenzen beginnen mit ihrer Arbeit

»Wie willst Du leben?«

DGB-Jugend startet Initiative

TerminTicker

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendrings Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers **Layout und Gestaltung:** Raul Roßmann **Photos:** (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Gregor Best c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: 31 79 61 14; Fax: 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de. **Auflage:** 2.650 Exemplare

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Druck: Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

»Gutes Regieren« auch für die Hamburger Jugendverbände? Machtwechsel im Hamburger Rathaus

Nach neun Jahren Regierungsabstinenz ist das Rathaus wieder »rot«. Die SPD hat es geschafft, nach einem desolaten Bundestagsergebnis zu neuer Stärke zu finden und damit gleich das Hamburger Rathaus im Alleingang – wenn auch mit hauchdünner Mehrheit – zu »erobern«. Dennoch: Diese absolute Mehrheit verpflichtet. Sie verpflichtet zu Augenmaß, sie bedeutet große Verantwortung, und sie wird die SPD messen an ihrem vom neuen Bürgermeister Olaf Scholz ausgerufenen Credo zum »guten Regieren«.

Wie haben junge Menschen gewählt? Wenn sie denn zur Wahl gegangen sind ... Zunächst ist zu konstatieren: Die stärkste »Bewegung« bilden weiterhin junge Nichtwähler. 56 % der 18- bis 24jährigen (zum Vergleich 2008: 61,8 %) und 51,2 % der 25- bis 34jährigen (2008: 46 %) sind der Bürgerschaftswahl ferngeblieben. Damit sind diese Gruppen deutlich wahlfauler als ältere Generationen (2011: nur 32,8 % der über 60jährigen und 38,4 % der 45- bis 59jährigen sind Nichtwähler). Dieser Befund ist trotz des Aufwärtstrends bei den Jungwählern ernüchternd. »Jugend wieder politischer« hatte die jüngste Shell Jugendstudie bei der Gruppe der bis 24jährigen noch diagnostiziert (vgl. punktum 4/10). Doch auch hier, bei den 18- bis 24jährigen, gilt es zu differenzieren: Während 11,1 % mehr junge Männer als bei der letzten Bürgerschaftswahl sich aktuell beteiligt haben (insgesamt 49,7 % Wahlbeteiligung 2011), gab es bei jungen Frauen nur ein Plus von 1,2 % (insgesamt 39,2 %). Damit haben junge Frauen weiterhin die rote Laterne bei der Wahlbeteiligung inne. Bei der Frage, was junge Menschen gewählt haben, gab es keine großen Überraschungen – sowohl im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl als auch in Relation zum Gesamttrend. Die 18- bis 24jährigen haben die CDU abgestraft (16,6 % insgesamt | minus 12,6 % im Vergleich zu 2008), die SPD gestärkt (47,5 % | plus 4,8 %), die Grünen/GAL (14 % | plus 1,1 %) und Die Linke (8,0 % | plus 1,5 %) fast gleichstark wiedergewählt, aber entgegen dem Gesamttrend die FDP weiterhin übersehen (3,4 % | minus 0,4 %). Leider gibt die Wahlanalyse des Statistischen Amtes keinen Aufschluss über Wahlbewegungen junger Menschen hin zu kleinen Parteien, die nicht in Bürgerschaft eingezogen sind.

Gutes Regieren? Wie dieses SPD-Credo konkret aussehen soll, ist bisher in nur wenigen Vorhaben skizziert worden. Für den Landesjugendring und all seinen Mitgliedern stehen natürlich die Pläne der neuen Sozialbehörde und ihrem Präses Detlef Scheele im Mittelpunkt des Interesses. Vor der Wahl haben wir uns auf einige konkrete Forderungen geeinigt: Abschaffung der Studiengebühren für alle Juleica-Inhaber/innen, Leistungen aus dem Bildungspaket für Kinder und Jugendliche an das SGB VIII anbinden, Stärkung der Jugendverbandsstrukturen, Partizipation von Kindern und Jugendlichen gemäß § 33 BezVG ermöglichen und das Wahlalter auf 14 Jahre absenken. Daran werden wir die neue Regierung messen und unsere eigene Vorstellung vom »guten Regieren« entwickeln. Zumindest ein Plan deckt sich bereits mit unseren Forderungen. So sollen laut Regierungserklärung des Bürgermeisters die Studiengebühren für alle Studierenden in Hamburg abgeschafft werden. Ein erster Schritt in Richtung Chancengleichheit in der Bildung. Das Bildungspaket für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien und die sog. Hartz-

IV-Reform jedoch lassen immer noch viel zu wünschen übrig. Unsere Forderung, auch politische Bildungsarbeit in die Bildungsgutscheine einzubinden, bleibt weiter unser Verhandlungsschwerpunkt.

Zukunftsfragen. Es wird sich darüber hinaus zeigen, wie die Politik zur Förderung von Jugendverbandsstrukturen aussieht. Welche Rolle werden Jugendverbände in Hamburg in Zukunft spielen? Werden ihre Wirkungsstätten weiterhin in Frage stehen? Zunächst können wir auf einen guten Ausgang der Haushaltskonsolidierung für uns zurückblicken. Wir wissen aber auch, dass Olaf Scholz angekündigt hat, alle Aktivitäten von der Haushaltslage abhängig zu machen. Deshalb richten wir uns mit diesem Kommentar bereits mit »klarer Kante« an Senator Scheele: Finger weg von Kürzungen im Landesförderplan der Jugendverbände! Die Bedeutung der Jugendverbände in Hamburg wird sich auch auf Bezirksebene zeigen. Als Interessensvertretung für alle Kinder und Jugendlichen liegt uns ihre Partizipation in all ihre Lebenswelt betreffenden Bereichen am Herzen. Dies haben wir durch eine LJR-Position auf der Vollversammlung im November 2010 unterstrichen. Die Umsetzung für geeignete Verfahren und die Verankerung auf bezirklicher Ebene werden wir weiter in den Jugendhilfeausschüssen vorantreiben und merken, wie ernst es den zum größten Teil der SPD angehörigen Bezirksversammlungsabgeordneten wirklich ist – oder ob ihr Verständnis zur Förderung von Kindern und Jugendlichen bei bezahlbaren KiTa-Plätzen endet.

Die neue Zusammensetzung der Sozialbehörde, die nun auch das Feld »Arbeit« umfassen wird, die Restrukturierung und die neuen Staatsräte werden unter Umständen eine Prioritätenverschiebung des Senators mit sich bringen. Wir werden ihn von Anfang an und kontinuierlich daran erinnern, dass die Jugendverbände in Hamburg niemals von seiner Prioritätenliste verschwinden werden.

Lieber Senator Scheele, wir – der Vorstand des Landesjugendrings Hamburg und die Mitglieder der Vollversammlung – freuen uns auf Ihren Antrittsbesuch. Wir wollen wissen, welche Vorstellung Sie zur Jugendverbandslandschaft in Hamburg haben und auf welche Weise Sie mit unseren spezifischen Herausforderungen in Zukunft umgehen werden.

Julia Sammoray, LJR-Vorsitzende

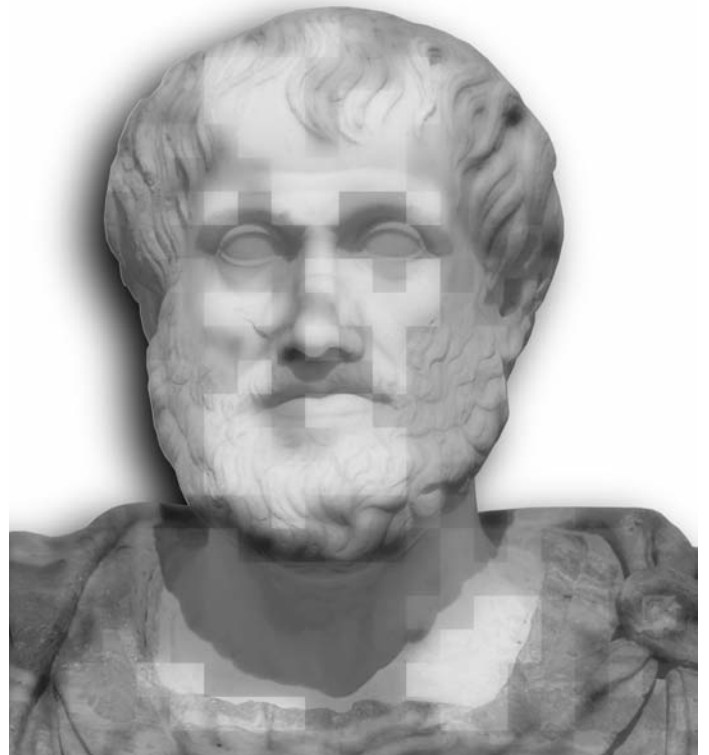


Demokratie als Lebensform?

Woher kommen die Demokraten in einer Demokratie? Durch die Beteiligung an Wahlen alle paar Jahre? Allein dadurch wohl kaum. Demokratie ist keine Meinungsumfrage. Wahlen sind ein Element der Volksherrschaft, Demokratie als Lebensform greift weiter.

Demokratie erfordert vielmehr die Wandlung des einzelnen Individuums zum **politischen Menschen**. Der Einzelne wird zum *zoon politicon*, so wie Aristoteles ihn in der Zeit der attischen Demokratie bestimmte, indem er aus der alleinigen Verfolgung seiner privaten Interessen ohne Rücksicht auf andere heraustritt und an der Bildung eines gemeinsamen Willens teilnimmt. Unpolitisch ist folglich der, dem die Entwicklung des Gemeinwesens gleichgültig ist, »der den kollektiv erwirtschafteten Reichtum privatisiert und sich weigert, aktiv an den Volksversammlungen teilzunehmen« (vgl. Oskar Negt im nachfolgenden Beitrag).

Diese Wandlung zum politischen Menschen gilt es einzuüben. Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, so Negt weiter, »die gelernt werden muss – nicht ein für allemal, so als könnte man sich



einen gesicherten Regelbestand aneignen, der fürs ganze Leben ausreicht, sondern immer wieder. Und solch ein Lernprozess ist ohne praktische Übung nicht möglich.«

Jugendverbände verstehen sich als Werkstätten der Demokratie. Junge Menschen organisieren sich selbst, unternehmen Freizeiten, treten für ihre gemeinsamen Interessen ein und gestalten demokratisch das Verbandsleben. Demokratie als Lebensform soll hier als praktische Übung erlern- und lebbar sein.

Aber ist es das? Im zweiten Titelthemenbeitrag stellen Richter und Sturzenhecker Jugendverbände auf den Prüfstand und kritisieren zwei Tendenzen, welche die innerverbandliche Demokratie auszuhöhlen drohen.

Der politische Mensch

Demokratie als Lebensform*

Von Oskar Negt, Hannover

In einer Zeit, in der die Realpolitiker aller Schattierungen die entwickelten Gesellschaftsordnungen an den Rand eines Abgrunds getrieben haben und nur noch Utopien, die positiven ebenso wie die negativen, realistisch erscheinen, in einer solchen Zeit mag es sinnvoll sein, einer zentralen Figur dieses globalen Trauerspiels größere Aufmerksamkeit zu widmen – dem politischen Menschen.

Wer ist das? Wie sieht er aus? In der Geschichte der Sozialphilosophie tritt diese Handlungsfigur in verschiedenen Rollen auf; die professionelle Prägung gruppiert sich um Macht und Herrschaft, um Machterwerb, Machterhaltung – trägt also wesentlich machttechnische Merkmale.

Ein politischer Mensch verfügt – so sagt man – über das Vermögen und die Fähigkeit, seinen Willen, auch gegen Widerstand der anderen, durchzusetzen. So heißt es bei Max Weber: »Politik würde für uns also heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung. Wer Politik treibt, erstrebt Macht.«

Das mag zutreffen, aber dieser eher staatsbe-

zogen verengte, in der Wissenschaft jedoch geläufige Begriff des Politischen – als spezifisches Tätigkeitsmerkmal eines Berufs – unterschlägt vielfältige Handlungsfelder des homo politicus, die für den Zusammenhalt des gesellschaftlichen Ganzen von größerer Bedeutung sind als die machttechnischen Apparate, von denen wir gerade in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, wie schnell sie zusammenbrechen können.

Das zoon politicon, wie Aristoteles den politischen Menschen der attischen Demokratie im Zeitalter des Perikles definiert, enthält eine ganz andere Wesensbestimmung als die Macht: unpolitisch ist der, dem das Schicksal der Polis, des Gemeinwesens, gleichgültig ist, der den kollektiv erwirtschafteten Reichtum privatisiert und sich weigert, aktiv an den Volksversammlungen teilzunehmen.

Die von Perikles geprägte attische Demokratie begründet eine Tradition der Gesellschaftsphilosophie, in der die Figur des politischen Menschen immer deutlicher eine eigentümliche und eigensinnige Gestalt annimmt, die von einer zur Lebensform gereiften demokratischen Gesamtorganisation nicht mehr zu trennen ist.

Aufklärung und Französische Revolution haben dieser Gestalt unverwechselbare Charakterzüge verliehen: es ist der Citoyen, der öffentliche Bürger, der seinem Gegenpart, dem Bourgeois, dem homo oeconomicus die Grenzen seiner interessenbedingten Handlungsfreiheit zu setzen hat, in dem er mit dem Gesamtwohl gleichzeitig die Würde des Einzelnen einklagt. Der politische und der ökonomische Freiheitsbegriff kommen nie zur Deckung.

Es gehört zu den fatalen Entwicklungen der vergangenen zwei Jahrzehnte, dass die krebsartige Wucherung eines Menschenbildes, dass die charakteristischen Züge des homo oeconomicus, des unternehmerisch Tätigen, immer stärker in alle Kulturbereiche und selbst in die Denkweise der professionellen Politiker eingedrungen ist.

Welche Verarmung mit dieser betriebswirtschaftlich verengten Weltsicht verbunden ist, zeigen Ohnmacht und Phantasielosigkeit im Umgang mit der gegenwärtigen Krise: Den akkreditierten Realpolitikern fällt nichts anderes ein, als jene Machtmittel zur Bekämpfung der Krise einzusetzen, deren Missbrauch eben diese Krise verursacht hat. Die Schutz-Schirm-



Milliarden wachsen von Tag zu Tag; es sind astronomische Zahlen, die genannt werden. Wie sollen die Menschen aber Achtung haben vor Politikern, die sich in der Öffentlichkeit als harte Realisten darstellen, aber am Sonntag Angst vor dem Montag haben, weil dann die Börsen wieder geöffnet sind. Die organisierte Verantwortungslosigkeit im Umgang mit den Produkten kollektiver Wertschätzung, die immer stärker dem Privatgebrauch zugeführt werden und oft einfach in Korruption versacken, ist jedoch nur Symptom einer viel tiefer gehenden Krise der Demokratie. Diese hat etwas damit zu tun, dass dort, wo der politische Mensch als Citoyen aus der Öffentlichkeit verschwindet, die Selbstreflexion einer Gesellschaft ihre orientierende Kraft verliert.

Es ist bestürzend wahrzunehmen, wie wenig die gegenwärtige Krise gesellschaftliche Lernprozesse anstößt. Viele beschwören den Abgrund, aber es scheint alles normal weiter zu laufen. Wenige sprechen davon, dass wir uns inmitten radikaler Umbrüche zum Beispiel des Lernens und der Arbeitsgesellschaft befinden. In einer Zeit solcher Umbrüche – das wissen wir aus der Geschichte – vollziehen sich Wirklichkeits-spaltungen. Sie gehören zu den unmerklichsten gesellschaftlichen Veränderungen und gleichzeitig zu den folgenreichsten. Die subjektiven Orientierungen der Menschen und das System der Institutionen weisen weit auseinander. Die Menschen wenden sich in ihrer Orientierungs-suche zunächst, dann aber in rasanter Beschleunigung, vom vorgegebenen System ab, und es bilden sich politische Schwarzmarkthelphantasien, die auf eine Spaltung der Wirklichkeit drängen. Es entsteht eine gesellschaftliche Situation, in der die Menschen von Tag zu Tag die Wirklichkeitsebenen wechseln, weil sie unsicher sind, welche der Realitätsdefinitionen auf Dauer gelten soll.

Cicero hatte in diesem Zusammenhang eines Umbaus der Gesellschaft von einer »res publica amissa« gesprochen. Die Institutionen der römischen Adelsrepublik waren noch nicht abgeschafft, aber die politische Atmosphäre war angefüllt mit Unkenrufen, die auf ein ganz neues Herrschaftssystem hinwiesen – das des Prinzipats und das der Caesaren.

Die Klage Ciceros über die »res publica amissa« zeigt seine Sensibilität für die Gebrochenheiten einer Gesellschaftsordnung, in der das offizielle Institutionengefüge noch funktionsfähig erscheint, in der es aber im Inneren der Gesellschaft brodelt und mit sozialen Unruhen zu rechnen ist. Dieses a-mitare, a-misum ist ja bedeutungsreich: Von »sich – gehen – lassen«, »wegschicken«, bis »entlassen«, aber auch »absichtlich fallen lassen«, »aufgeben«, »fahren lassen«.

Auf unsere heutigen Verhältnisse bezogen können wir, indem wir durch die Not der Krisenerschütterungen belehrt, über Bildung und politische Urteilskraft erneut nachzudenken genötigt sind, dadurch von einer res publica amissa sprechen, von einer vernachlässigten Demokratie, einer Ordnung, in der die genuine Demokraten, die eigensinnigen Menschen immer weniger werden.

Das Rückgrat der Demokratie als Lebensform mit weit gespannten Mit-Selbstbestimmungsrechten ist der eigensinnige und politisch urteilsfähige Mensch. Es ist nicht der häufig beschworene Leistungsträger als Führungskraft und schon gar nicht der leistungsbewusste Mitläufer.

Der Hauptstrom der geistigen Entwicklung fließt freilich in eine ganz entgegengesetzte Richtung. Umso dringender ist politische Bildung, die das Krisenbewusstsein schärft und die Urteilsfähigkeit der Menschen erweitert. Der Demokratie als einer gesellschaftlichen Gesamtverfassung haftet freilich ein Makel an: Sie funktioniert nicht aus sich heraus, auch nicht, wenn man über die besten Institutionen und rechtlichen Verfahrensregeln verfügt. Das Schicksal einer demokratischen Gesellschaftsordnung, die mit Leben erfüllt ist, hängt davon ab, in welchem Maße die Menschen dafür Sorge tragen, dass das Gemeinwesen nicht beschädigt wird und der politische Faden zum Wohlergehen des Ganzen nicht reißt.

Denn Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – nicht ein für allemal, so als könnte man sich einen gesicherten Regelbestand aneignen, der fürs ganze Leben ausreicht, sondern immer wieder, in tagtäglicher Anstrengung bis ins hohe Alter hinein. Und solch ein Lernprozess ist ohne praktische Übung nicht möglich. Nimmt man also das höchst strapazierte Wort vom lebensbegleitenden Lernen in den Mund, dann betrifft das in erster Linie auch das politische Lernen. Das man fortwährend lernen müsse, ist freilich ein uralter Topos, der seit Entstehen der kapitalistischen Wirtschaftsdynamik mit der sie begleitenden Klage über die Endtraditionalisierung des Lebens aufs Engste verknüpft ist.

Schon Goethes »Wahlverwandtschaften« legen Zeugnis ab für dieses Erschrecken über die Notwendigkeit fortwährenden Lernens und die geringe Verlässlichkeit von Traditionsbeständen: »Es ist schlimm genug«, rief Eduard (dieser reiche Baron im besten Mannesalter, wie Goethe ihn kennzeichnet) »dass man jetzt nichts für sein ganzes Leben lernen kann. Unsere Vorfahren hielten sich an den Unterricht, den sie

in der Jugend empfangen; wir aber müssen jetzt alle fünf Jahre umlernen, wenn wir nicht ganz aus der Mode kommen wollen.«

Demokratie macht Lernen in noch kleineren Zeitabschnitten notwendig. Und ohne Mitbestimmung in allen Lebensbereichen, die wichtige Angelegenheiten der Menschen betreffen und regulieren – und zu diesen gehören maßgeblich die wirtschaftlichen Produktionszusammenhänge –, ist demokratisches Lernen schwer vorstellbar und die Haltbarkeit eines demokratischen Gemeinwesens höchst zweifelhaft.

Es wäre an der Zeit, den öffentlichen Raum zu erweitern und weiter zu öffnen für jene Prozesse gesellschaftlicher Selbstverständigung, in denen Krisenlösungen als Akte der Befreiung, der Emanzipation verstanden werden. Der politische Mensch als Citoyen bekäme dadurch wieder die ihm zukommende zentrale Bedeutung für die demokratische Ordnung des Gemeinwesens.

Anmerkung:

* Erstveröffentlichung als Hörfunkessay in der Reihe »Gedanken zur Zeit«, NDR Kultur, 12.9.2010. Wiederveröffentlichung mit freundlicher Genehmigung von Oskar Negt und dem NDR.

Zur Person



Fotos © Hydro, wikimedia.org

Oskar Negt war bis zur seiner Emeritierung 2002 Professor für Soziologie an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover und gilt als führender Denker der Kritischen Theorie. Publikationen u.a.: **Die Faust-Karriere.** Vom verzweiferten Intellektuellen zum gescheiterten Unternehmer, Göttingen 2006. **Der politische Mensch.** Demokratie als Lebensform, Steidl Verlag, Göttingen 2010

Demokratiebildung am Ende?

Jugendverbände zwischen Familiarisierung und Verbetrieblichung*

Von Helmut Richter und
Benedikt Sturzenhecker, Hamburg

Aktuelle Problementwicklungen von Jugendverbänden stellen unter heutigen sozialpolitischen, gesellschaftlichen und jugendspezifischen Rahmenbedingungen Verschärfungen von strukturellen Grundwidersprüchen der Jugendverbandsarbeit dar, die schon seit den 1960er Jahren erkennbar waren – so eine zentrale These dieses Textes. Sie wurden besonders von Giesecke (1980/1971) bereits in dem Klassiker »Die Jugendarbeit« analysiert. Im Folgenden werden wir an die historischen Grundprobleme anknüpfen und aus unserer Sicht ihre heutige Zuspitzung erläutern. Diese erkennen wir besonders in den Tendenzen zur Familiarisierung der Verbände einerseits und ihrer Entwicklung zu dienstleistenden Wirtschaftsbetrieben andererseits. In beiden Entwicklungen sehen wir Gefahren für Strukturen und Potentiale einer Demokratiebildung in der Jugendverbandsarbeit.

Auftrag und Potential zur Demokratiebildung in Jugendvereinen

Der § 11 Abs. 1 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) weist der Jugendarbeit die Aufgabe zu, junge Menschen durch partizipative Angebotsformen zur Selbstbestimmung, gesellschaftlichen Mitbestimmung und zum sozialen Engagement zu befähigen (vgl. zum Folgenden Sturzenhecker/Richter 2010). Das Gesetz entwirft mit den Wirkungszielbegriffen der »Selbstbestimmung, gesellschaftlichen Mitverantwortung und des sozialen Engagements« ein mündiges und engagiertes Subjekt in einer demokratischen Zivilgesellschaft, das die eigene Autonomie im Rahmen gesellschaftlicher Mitbestimmung, Mitgestaltung und Mitverantwortung realisiert. Dieses Ziel der Bildung eines/r demokratischen Bürgers/in wird konkretisiert durch die demokratische Strukturierung der jugendarbeiterischen Bildungsbedingungen: Jugendarbeit soll bei den Interessen der Kinder und Jugendlichen ansetzen und von ihnen mitgestaltet und mitbestimmt werden. Damit wird Jugendarbeit als ein demokratischer Prozess entworfen, in dem die Beteiligten Interessen artikulieren und ihre Umsetzung gemeinsam bestimmen und gestalten. Demokratie wird hier durch ihre praktische Anwendung angeeignet: Jugendarbeit mutet Demokratie zu, und die Fähigkeiten der Selbst- und Mitbestimmung

entstehen im Prozess ihrer Aus-Übung. Solche entwicklungsförderlichen Erfahrungen werden als »Angebote« zur Verfügung gestellt, denn die Potenziale zur Demokratiebildung können sich nur frei und nicht unter Zwang entfalten. Es wird eine freie Assoziation der Kinder und Jugendlichen ermöglicht. Sie können sich in der Jugendarbeit frei gesellen und bestimmen, was und wie sie etwas zusammen tun möchten. Durch Demokratiebildung wird insofern dem Prinzip der Freiwilligkeit in der Jugendarbeit in ausgezeichneter Weise Rechnung getragen.

Der § 12 SGBVIII verstärkt diese demokratieförderlichen Bedingungen noch für die Jugendverbandsarbeit. Jugendvereine bzw. -verbände werden als demokratische Assoziationen freiwillig sich zusammenfindender Mitglieder entworfen, die das Verbandsleben eigenverantwortlich selbst organisieren, gemeinsam gestalten und mitverantworten. Darüber hinaus wird den Verbänden die Funktion einer Artikulation und Vertretung der »Anliegen und Interessen junger Menschen« in der demokratischen Öffentlichkeit und Politik zugewiesen. Entsprechend lautet auch das Selbstverständnis

»Es wird eine freie Assoziation der Kinder und Jugendlichen ermöglicht. Sie können sich in der Jugendarbeit frei gesellen und bestimmen, was und wie sie etwas zusammen tun möchten. Durch Demokratiebildung wird insofern dem Prinzip der Freiwilligkeit in der Jugendarbeit in ausgezeichneter Weise Rechnung getragen.«

der Jugendverbände: »Die Demokratie wird erfahrbar, weil das Zusammenleben in der Freizeit und im Verband demokratisch gestaltet wird. Jugendverbände sind daher lebendige Werkstätten der Demokratie und übernehmen wichtige Sozialisierungs- und Bildungsaufgaben« (Deutscher Bundesjugendring 2004, S. 2).

Diese Demokratie eröffnenden Strukturbedingungen werden besonders deutlich, wenn die Jugendverbände auch als rechtlich verfasste



eingetragene Vereine erkannt werden (vgl. Richter 2000). Denn der (Jugend-)Verein ist von seiner Rechtsform her eine demokratisch strukturierte Organisation und deshalb durch folgende »Vereinsprinzipien« gekennzeichnet: »Der Verein ist [also] eine soziale Gruppe (bzw. Organisation), die sich anhand der freiwilligen, formalen, nicht ausschließenden Mitgliedschaft abgrenzt, ein gemeinsames Vereinsziel und Mitgliederhandeln aufweist, sich lokal begrenzt und dauerhaft angelegt sein soll (...) und (die) über ein gewisses Maß an »Öffentlichkeit« verfügt« (Bühler/Kanitz/Siewert 1978, S. 43). Kurz: Organisationeller Rahmen, Freiwilligkeit, formale Mitgliedschaft, gemeinsame inhaltliche Interessens- bzw. Zielorientierung, Mitgliederhandeln (Ehrenamt), Ortsgebundenheit (Lokalität) und Öffentlichkeit zeichnen den Verein als genuine Institution der Demokratiebildung aus – im Unterschied zur Schule mit ihrer Bindung an (Schul-)Pflicht, Curriculum, Fachdidaktik und Gruppenzwang (Schulklasse).

Von besonderer Bedeutung ist dabei das Prinzip der Öffentlichkeit, wenn man sie als demokratische im Sinne von Habermas' Kategorie der Öffentlichkeit versteht, wie er sie in seiner Untersuchung über den »Strukturwandel der Öffentlichkeit« (1990/1962) eingeführt hat (vgl. Richter 1999). Dann lässt sich zum Ersten der Verein aus seiner je möglichen partikularistischen Milieuhaftung lösen und zum Zweiten über das Prinzip der Lokalität als verortet in der kommunalen Öffentlichkeit (in Großstädten auch in den Stadtteilen) bestimmen. Diese kommunale Basis des (Jugend-)Vereins verschafft ihm zugleich seine konkrete demokratische Qualität, konturiert sie ihn doch gegenüber der Privatsphäre einerseits und der »Welt-öffentlichkeit« andererseits als besondere Einheit von partikularer und universeller Öffentlichkeit.

Unsere These ist nun, dass die hier entfalteten Potentiale der Demokratiebildung in den Jugendvereinen und -verbänden bisher kaum verwirklicht worden sind und sie daher für ihre Mitglieder – also besonders für die Kinder und Jugendlichen in den kommunal verorteten Basisgruppen – zu wenig als Feld konkreter Umsetzung eigener demokratischer Mitverantwortungs- und Mitentscheidungspraxis erfahrbar werden.

Diesen Mangel an Demokratiebildung sehen wir bereits in dem die bundesrepublikanische Jugendverbandsarbeit prägenden »Grundsatzgespräch von St. Martin« angelegt, das der Deutsche Bundesjugendring (1962) im Jahre 1962 über »Selbstverständnis und Wirklichkeit der heutigen Jugendverbandsarbeit« führte. Es

bildete den Ausgangspunkt für eine neue Konstruktion des Jugendverbandes, und zwar sowohl in seinem Innenverhältnis als auch in seinen Außenbeziehungen zu Gesellschaft und Politik (vgl. Richter 2011).

Jugendverband in der Konkurrenzdemokratie – St. Martin revisited

In dem Grundsatzgespräch von St. Martin wird zunächst ein spezifisches Konzept der Gruppe als Gemeinschaft an der Basis des Verbandes entwickelt. Diese Basisgruppe wird entworfen als ein ständiges »Zusammenwirken junger Menschen gleicher Altersstufen im überschaubaren Bereich der Primärgruppe« – als »kleine Gemeinschaft« im Gegensatz zur »Großgesellschaft«. Ihre Prinzipien werden als »Erziehung auf Gegenseitigkeit« und als »Selbsterziehung und Selbstveranstaltung der Jugend« bestimmt. Wenn dabei der altershomogenen Gemeinschaft die Qualität einer »Primärgruppe« – soziologisch wird mit diesem Begriff sonst die Familie bezeichnet (!) – ebenso wie die Aufgabe der Selbsterziehung und Selbstorganisation zugesprochen wird, so erinnert diese Konstruktion deutlich an die gemeinschaftsbezogenen und Autonomie beanspruchenden Vorstellungen der Jugendbewegung.

Allerdings: »Ein »autonomes Jugendreich« wird nicht angestrebt« (Deutscher Bundesjugendring 1962, S. 119). Vielmehr werden den Jugendverbänden entgegen den traditionellen Autonomiebestrebungen der Jugendbewegung Funktionen der Erziehung und Integration in die Gesellschaft übertragen. Die Aufgabe des Jugendverbandes wird nun verstanden als »Einführung des jungen Menschen in seine späteren Aufgabenkreise«, indem ihm »seine Pflichten und Rechte innerhalb der Familie, im Rahmen des Berufs- und Arbeitslebens und in Politik und Gesellschaft deutlich gemacht« werden. Orientiert an der »Gesamtgesellschaft« und »Erziehungsleitbildern« sollen »menschliche Tugenden und Wertvorstellungen vermittelt werden«. Erziehungsziel ist eine Integration in die (unhinterfragten) Strukturen und Handlungsformen der »Großgesellschaft«.

Mit dieser widersprüchlichen Konstruktion tritt der zentrale Jugendverband seinen sich selbst erziehenden Gemeinschaftsgruppen in den dezentralen Vereinen nun selbst als Erzieher gegenüber. Diesem Konzept zu Grunde liegt eine Analogisierung zwischen Jugendverband und Staat: Es wird angenommen, dass der Verband wie der Staat strukturiert und so in der Lage sei, an seinen Verhältnissen »den Aufbau der Großgesellschaft überschaubar zu machen«. In diesem Sinne wird auch die Ebene der



»Verbandsleitungen« eingeführt, die auf eine »sich ständig erneuernde Legitimation »von unten«, vom jungen Menschen her« angewiesen sei. Das wird als »Grundbedingung demokratischen Jugendlebens« bezeichnet.

Die Verhältnisse im Verband werden gleichgesetzt mit denen des Bürgers zum Staat: Wie in der »Großgesellschaft« die Bürger/innen in den Staat, so sind die Gruppen in die Verbandsorganisationen »eingeorde net« und so wird auch »das Einüben von Verhaltensweisen in der demokratischen Massengesellschaft möglich«. Das ist das Geheimnis der Integrationserziehung des Jugendverbandes, denn wie der Staat den Bürgern tritt der Verband seinen jugendlichen Gruppen/Mitgliedern gegenüber: Er erzieht sie, er ordnet sie ein, er betreibt Politik für sie, er erwartet die »Verantwortung staatsbürgerlicher Lebensführung« als Integration in die staatstragenden (Erwachsenen-) Verbände und Parteien, er informiert sie und er erfüllt zudem staatliche/kommunale pädagogische Aufgaben. Und wie in der demokratischen Großgesellschaft müssen sich die Regierenden, also im Verband die »Leitungen«, »von unten« legitimieren lassen: durch Wahlen. Wer – so der konzeptionelle Grundgedanke – bereits im Jugendverband die gesellschaftlichen Strukturen erfahren hat, der übt hier schon die dort angesagten Verhaltensweisen.

Auf diese Weise wird allerdings nicht nur die Jugendverbandsarbeit modelliert, sondern auch



»Auf diese Weise wird allerdings nicht nur die Jugendverbandsarbeit modelliert, sondern auch das in den westlichen Verfassungsstaaten vorherrschende Verständnis von Demokratie als bloßer Regierungsform für gültig erklärt, das nach Joseph Schumpeter als »Konkurrenzmodell« bezeichnet wird.«

das in den westlichen Verfassungsstaaten vorherrschende Verständnis von Demokratie als bloßer Regierungsform für gültig erklärt, das nach Joseph Schumpeter als »Konkurrenzmodell« bezeichnet wird. In der Form einer »demokratischen Methode« geht es dabei einzig um eine Regelung des Abwechsels der Regierenden, die Schumpeter (1950, S. 428) als methodisch-marktförmig organisierten, inhaltlich nicht vorwegbestimmten »Konkurrenzkampf« verschiedener Eliten um die Macht im Staate beschreibt (vgl. Richter 2011, S. 230).

Dass Demokratie aber nicht nur als Regierungs-, sondern auch – wie schon im Verständnis von John Dewey (1916) – als Lebensform (vgl. Himmelmann 2001) wirksam werden und daher ebenso das Binnenverhältnis im Jugendverband und seinen Jugendvereinen strukturieren könnte, kommt nicht in den Blick. Die Beziehung der

Mitglieder an der Basis wird entworfen als eine vor allem emotional und nicht auch formal verbundene Gemeinschaft (d.h. insbesondere, dass diese Beziehung nicht als eine demokratische verstanden wird) und ihr demokratischer Bezug zu den Verbandsleitungen besteht einzig darin, ihnen durch Wahlen Legitimität zu sichern. Als Verbandsregierende kommunizieren die Leitungen mit Erwachsenenverband, Staat und Politik und vertreten dabei die von ihnen definierten Interessen der Verbände. Entsprechend wird von den Jugendverbänden als Gesamtorganisation ein jugendpolitisches Mandat beansprucht: Sie wollen »zielbewusst an der Gestaltung der Lebensverhältnisse der jungen Generation unseres Landes mitwirken«.

So entsteht das Grundmodell der noch heute gültigen Verhältnisse im Verband und des Verbandes nach außen. Damit verbunden ist ein Auseinanderdriften der beiden Verbandssphären, der gemeinschaftlichen Basisgruppen »unten« und den an Staat und Politik orientierten Leitungen »oben«. Das Strukturprinzip von (Konkurrenz-) Demokratie, das besonders in der Wahl der Oberen durch die Unteren besteht, koppelt diese beiden Ebenen nur lose aneinander. In ihrer Entwicklung folgen die beiden Sphären den Strukturprinzipien, die mit St. Martin angelegt sind: Für die Basisgruppen wird die Gemeinschaft zentral, für die Leitungen die Staats- und Politikorientierung. Die Unteren konzentrieren sich auf sich und verlieren die Bindung nach oben, die Oberen kon-

»Damit verbunden ist ein Auseinanderdriften der beiden Verbandssphären, der gemeinschaftlichen Basisgruppen »unten« und den an Staat und Politik orientierten Leitungen »oben«.

zentrieren sich auf die staatlich politischen Systeme und verlieren den Kontakt zur Basis.

Giesecke (1980/1971, S. 91) weist schon 1980 auf diese Trennung von »Basis« und Organisationsspitze hin: Die Organisation wird in der Folge nach denselben Regeln bürokratischer Effizienz und von Profis mit eigenen berufspolitischen Interessen geleitet wie andere Organisationen auch. Er zeigt zugleich auf, dass die Jugendverbände eine »auf »Wirtschaftlichkeit« ausgerichtete(n) Unternehmensstruktur« und einen an der Zahl der »Kunden« orientierten »Markt-Charakter« entwickeln, um so die staatliche Förderung zu rechtfertigen.

Im Folgenden werden diese beiden Aspekte näher beleuchtet: die an einer familienähnlichen Gemeinschaft sich orientierenden Basisgruppen auf der Ebene der kleinen bzw. dezentralisierten Vereine – diese Orientierung nennen wir Familiarisierung – und die sich an ökonomischen Rationalitäten ausrichtenden »Spitzen« der Großvereine und Verbände – diese Entwicklung nennen wir Verbetrieblichung (vgl. auch Riekman 2010).

Entwicklungstendenz Familiarisierung

Die Familiarisierung wird bereits seit längerem in empirischen Untersuchungen (vgl. etwa Fauser/Fischer/Münchmeier 2006; Richter/Jung/Riekman 2007) durch den Nachweis belegt, dass Jugendverbände ihre Mitglieder in einem hohen Maße aus Familien und Freundeskreisen rekrutieren, deren Angehörige schon im Verband aktiv sind. Es kommt also, wer ohnehin zur spezifischen Subkultur des Verbandes passt – wer real verwandt oder »wahlverwandt« ist. Mit dieser Rekrutierungsweise der »Passung« sind aber Risiken verbunden: Es erfolgt (oft durchaus ungewollt oder unbemerkt) eine Exklusion von Menschen ohne diese subkulturelle Nähe.

Hinzu kommt, dass solche zueinander passenden Gruppen ein starkes Gemeinschaftsgefühl erzeugen. So zeigen Fauser/Fischer/Münchmeier (2006), dass die in der Evangelischen Jugendverbandsarbeit erfahrene Gemeinschaft



»Es kommt also, wer ohnehin zur spezifischen Subkultur des Verbandes passt – wer real verwandt oder »wahlverwandt« ist. Mit dieser Rekrutierungsweise der »Passung« sind aber Risiken verbunden: Es erfolgt (oft durchaus ungewollt oder unbemerkt) eine Exklusion von Menschen ohne diese subkulturelle Nähe.«

für die Nutzer den höchsten Stellenwert hat, noch vor den Inhalten. Sie ist die Basis für die gemeinsamen Aktivitäten, weil Freundschaft, Aktivität, Spaß und Sinnhaftigkeit des gemeinsamen Tuns hier eng miteinander verbunden sind.

In solchen Gemeinschaften aber ist eine demokratische (und deshalb oft konfliktreiche und scheinbar zeitaufwändige) Entscheidungsfindung oft nicht die Regel: Entschieden wird lieber auf Grund von gemeinschaftlichen »Selbstverständlichkeiten oder unerschütterten Überzeugungen« (Habermas) anstatt in einer demokratischen Auseinandersetzung mit (u.U. durchaus widerstreitenden) Interessen und unter Abwägung von Argumenten und Lösungswegen. Die von der Vereinssatzung her durchaus lokal, z.B. auf Stadtteilebene, ausgerichteten

ten Vereine oder Ortsgruppen der Verbände entwickeln sich mit ihren subkulturellen Stilen und familienhaften Gemeinschaftsinszenierungen zu eigenen Milieus (vgl. Sturzenhecker 2007). Solche Milieus zeichnen sich aus durch gemeinsamen Raum innerhalb der Lokalität des Vereinszwecks, durch gemeinsame Zeit, Vertrautsein, gemeinsames Handeln und Erleben sowie durch gemeinsame kulturelle Normen und Regeln (vgl. Hornig/Michailow 1990, S. 504), die immer dann auch mit zwanghaften Ab- und Ausgrenzungen einhergehen, wenn gemeinsame »Feinde« erzeugt werden (vgl. Böhnisch 1994, S. 217): Gemeinschaft ersetzt Gemeinde.

Solchen »bornierten, regressiven Milieus« steht das Modell der »offenen Milieus« gegenüber. Hier gelingt es, Gemeinschaft auf der Basis von Respekt auch gegenüber solchen Mitgliedern und potentiellen Mitgliedern zu begründen, die in subkultureller Differenz ebenfalls als Bürger/innen in der Gemeinde zu Hause sind – seien es Menschen anderen Geschlechts, mit Behinderungen oder Migrationshintergrund –, so dass die Gemeinschaft sich zugleich als ein Spiegel der Gemeinde verstehen kann (vgl. Richter/Riekman 2007).

Entwicklungstendenz Verbetrieblung

Beim Begriff der Verbetrieblung geht es hier um Erscheinungsformen in der Jugendver-

bandsarbeit, die Giesecke schon für die 1980er Jahre in ihren Anfängen treffend analysiert hat (s.o.). Ihre besondere Dynamik erhalten sie allerdings erst seit den 1990er Jahren durch die neuen Steuerungsmodelle und die im Jahre 1999 in Kraft gesetzte Neuregelung der Vereinbarungen über die Höhe der Kosten, die die Träger der freien Jugendhilfe für ihre Leistungen beanspruchen können (§ 78 a–g SGB VIII). Dabei sind diese Maßnahmen und ihre Folgen nicht einfach als das rationale Ergebnis aufzufassen, dass die Jugendhilfe im Besonderen und der Sozialstaat im Allgemeinen über seine Kosten lebe, sondern sie sind vor allem ein Reflex auf die monetären Prozesse in den Zeiten der Globalisierung. Sie sind dadurch charakterisiert, dass die von den Aktionären erwarteten extrem hohen Renditen von über 20 Prozent »eine Umverteilung zu Lasten der subalternen Schichten und zu Gunsten der ökonomischen und politischen Eliten verlangen, die den ökonomischen Rahmen für einen sozialstaatlich moderierten Klassenkompromiss sprengen« (Altvater 2005, S. 139). Dies hat zur Folge, dass den Jugendverbänden von Rauschenbach/Schilling (1995, S. 350) ebenfalls eine ökonomische Modernisierung empfohlen wird: »Und das beinhaltet auch, sich aus Gründen der Kontinuität, Qualität und Intensität im Werben um die Gunst von Kindern und Jugendlichen als »Kunden«, aber auch im konkurrierenden Überlebenskampf um soziale Macht, politischen Einfluss und zu beschaffen-

»Und das beinhaltet auch, sich aus Gründen der Kontinuität, Qualität und Intensität im Werben um die Gunst von Kindern und Jugendlichen als »Kunden«, aber auch im konkurrierenden Überlebenskampf um soziale Macht, politischen Einfluss und zu beschaffendes Geld personell zu professionalisieren«.

des Geld personell zu professionalisieren«. In diesem Zitat wird nicht nur das mit Rechten ausgestattete, freiwillig engagierte Mitglied in einen zu umwerbenden Kunden verwandelt, sondern auch der Verband als ein hauptamtlicher Dienstleistungsbetrieb entworfen, der sich in einem darwinistischen Konkurrenzkampf am Markt durchsetzen muss.

Empirische Studien für diese Entwicklung in der Jugendverbandsarbeit sehen wir aktuell nicht, allerdings gibt es einige Hinweise, die zeigen, wie die Verbetrieblung sich durchsetzt. So werden Kleinstvereine gegründet mit dem Zweck, Dienstleistungen der Jugendhilfe von Hauptamtlichen zu erbringen. Sie nutzen die Vereinsstruktur nur förder technisch, sind an einer breiteren Mitgliedschaft (womöglich gar von Zielgruppen) nicht interessiert und übernehmen lieber selbst auch die Ämter des Vorstandes. Und die Großvereine und Ortsgruppen der Verbände gliedern immer mehr Zweckbetriebe in der Form von (auch gemeinnützigen) GmbHs aus, die auf die Erwirtschaftung von Gewinnen in der ansonsten gemeinnützigen Körperschaft des Vereins ausgerichtet sind und finanziell die Verwirklichung der steuerbegünstigten, satzungsgemäßen Ziele absichern (vgl. Eurich/ Brink/ Hädrich 2005). Mit der Einrichtung solcher Zweckbetriebe stellt sich dann die Frage, ob die ehrenamtlichen Vorstände noch die Haftung für den komplexer werdenden betriebswirtschaftlichen Bereich übernehmen können. Diese Frage wird in den letzten Jahren zunehmend häufiger beantwortet mit einer Strukturerneuerung des Vereins in der Form eines ehrenamtlichen Präsidiums anstelle des bisherigen ehrenamtlichen Vorstandes und eines hauptamtlichen, geschäftsführenden und haftenden Vorstandes, der vom Präsidium für die Dauer von mehreren Jahren eingesetzt wird. Und da Zweckbetriebe ihre Geschäftstätigkeit nicht an der Lokalität ihrer Vereine ausrichten können, wenn sie profitabel arbeiten wollen, wird durch diese Kommerzialisierung nicht nur der Demokratisierung, sondern auch der Kommunalisierung des Vereins der Boden entzogen.

Perspektiven einer reflexiven Demokratiebildung

Der Rückblick auf St. Martin hat verdeutlicht, dass schon in den Anfängen der Jugendverbandsarbeit die Demokratiebildung – basierend auf einem Verständnis von Demokratie als Regierungsform – höchstens kognitiv und auf Wahlbeteiligung und Aktionsformen zur Durchsetzung eigener Interessen ausgerichtet war, d. h. nach außen, nicht aber auch auf die eigene Gruppe und den Verein, d. h. nach innen in Form einer reflexiven Demokratiebildung. Der Blick auf die Gegenwart hat dann gezeigt, dass wir uns von einer solch reflexiven Demokratiebildung in den Jugendverbänden immer weiter entfernen. Dieser Befund könnte als zwingende Konsequenz der Modernisierung verbucht werden, wenn da nicht die (späte) Erkenntnis aus der 15. Shell Jugendstudie 2006 wäre: »Als wichtigster Sozialraum fungieren in Deutschland die Vereine« (Schneekloth 2006, S. 126), und wenn sich damit nicht die Frage verbinden würde: »Wo wird Mensch Demokrat?, und: Wo kann Mensch Demokrat sein?« (Richter 2011, S. 228) – außer in den Vereinen?

Nun gibt es gerade in den letzten Jahren auch durchaus positive Beispiele für eine reflexive Demokratiebildung in den Vereinen, etwa »Die Kinderstube der Demokratie« (Hansen/Knauer/ Sturzenhecker 2009, 2011) oder die Jugendfeuerwehr Hamburg (Richter/Jung/Riekmann 2007). Aber gerade diesen Beispielen gegenüber wird immer wieder die Skepsis geäußert, ob denn mit Kindern oder unter Befehlsnotwendigkeiten überhaupt von Demokratie die Rede sein könne. Diese Skepsis macht es erforderlich, auf einige Grundprinzipien von Demokratie hinzuweisen.

Negativ formuliert, ist Demokratie vor allem ein Doppeltes nicht:

- Sie ist nicht erst oder nur dann der Fall – wie es alltagssprachlich gerne gesagt wird –, wenn ich machen kann, was ich will. Denn es gibt keine Freiheit ohne Nicht-Freiheit und insofern hat jede individuelle (Willkür-)Freiheit ihre Grenze an der Freiheit des Anderen.
- Und sie ist nicht nur dann der Fall, wenn einfache Mehrheitsentscheidungen getroffen werden, so dass z. B. Kinder oder Jugendliche über die Minderheit der Pädagogen/innen bestimmen könnten.

Positiv formuliert, begründet sich Demokratie durch einen Raum, in dem die darin lebenden Personen als Mitglieder gelten und über die Interaktionsform des Argumentierens auf Augenhöhe – d. h. auf der Basis wechselseitiger Anerkennung – über Beratung und Bildung

Zu den Autoren



Helmut Richter ist Professor für außerschulische Jugendbildung in der Sektion für Schulpädagogik, Sozialpädagogik und Behindertenpädagogik in der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft der Universität Hamburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Theorie und Geschichte der Sozialpädagogik, interkulturelle Bildung, abweichendes Verhalten, Kommunal- und Vereinspädagogik.



Benedikt Sturzenhecker ist Professor für Sozialpädagogik / Außerschulische Bildung an der Universität Hamburg, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Sozialpädagogik, Außerschulische Jugendbildung, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Demokratiebildung u. Partizipation, Kooperation Jugendarbeit und Schule.

zu rationalen Entscheidungen gelangen, worin die Adressaten sich zugleich als Urheber erkennen. Das Verfahren der Entscheidungsfindung berücksichtigt insbesondere den Minderheitenstatus und kann Beschlüsse daher an das Einverständnis überstimmter Gruppen, z. B. der Pädagogen/innen, binden (Vetorecht). Sachlich gebotene Unterbrechungen des dialogischen Umgangs in der Form von Befehl und Gehorsam setzen die Zustimmung der Beteiligten voraus und revitalisieren Demokratie durch »Manöverkritik«. Die Regelung solcher Verfahrensprinzipien erfolgt in Satzungen, die grundsätzlich der Zustimmung aller Mitglieder bedürfen.

Wenn wir vor diesem Hintergrund nach den Perspektiven einer reflexiven Demokratiebildung in der Jugendverbandsarbeit fragen, so ist zu hoffen, dass die genannten Beispiele zumindest die Vereine mit der Tendenz zur Familiarisierung ermutigen können, die enormen Potentiale von Demokratiebildung stärker zu realisieren. Motivierend könnte dabei sein, dass die Besorgnis um einen Macht oder Verantwortungsverlust zurücktritt gegenüber der Erwartung auf eine Zunahme an rational-verlässlich engagierten Mitgliedern mit wachsender Bereitschaft zum demokratisch-ehrenamtlichen Engagement. Und es wäre zu hoffen, dass eine solche Demokratisierung auch auf die Verbetrieblichung in den Großvereinen ausstrahlt und dadurch Erinnerungen an die Tradition einer demokratischen Kommunalisierung zu neuem Leben erweckt – denn wo sonst, wenn nicht in den Vereinen, ist eine reflexive Demokratiebildung möglich?

Anmerkungen:

* Erstveröffentlicht in: deutsche jugend, Jg. 59, H. 2, S. 61 – 67. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung durch den Juventa Verlag und von den Autoren.

** Diese Spaltung spiegelt sich in der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung der Konkurrenzdemokratie wider: Wird Demokratie für die Bürger nur relevant zur Legitimierung von Regierungswechseln und erfahren sie Demokratie nicht eigentlich in der Lebens- und Alltagswelt, geht die Bereitschaft zur Beteiligung immer mehr verloren: Sinkende Wahlbeteiligungen und zunehmende Volksabstimmungen zur Durchsetzung vor allem eigener Interessen (vgl. Köcher 2010) sind dann die Folge.



Literatur:

Böhnisch, Lothar (1994): Gespaltene Normalität.

Lebensbewältigung und Sozialpädagogik an den Grenzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Weinheim und München.

Bühler, Walter/Kanitz, Horst/Siewert, Hans-Jörg (1978): Lokale Freizeitvereine. Entwicklung, Aufgaben, Tendenzen, St. Augustin (Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung).

Deutscher Bundesjugendring (1983/1962): Selbstverständnis und Wirklichkeit der heutigen Jugendverbandsarbeit (1962). In: Faltermaier, Martin (Hrsg.) (1983): Nachdenken über Jugendarbeit. Zwischen den fünfziger und achtziger Jahren. Eine kommentierte Dokumentation mit Beiträgen aus der Zeitschrift »deutsche Jugend«, München, S. 119-122.

Deutscher Bundesjugendring (2004): Jugendpolitisches Eckpunktepapier: Jugend braucht Gestaltungsmacht. 77. Vollversammlung, 3./4.12.2004 in Bremen.

Dewey, John (2000/1916): Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, Weinheim.

Eurich, Johannes/Brink, Alexander/Hädrich, Jürgen, et al. (Hrsg.) (2005): Soziale Institutionen zwischen Markt und Moral. Führungs- und Handlungskontexte, Wiesbaden.

Fausser, Katrin/Fischer, Arthur/Münchmeier, Richard (2006): Jugendliche als Akteure im Verband. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend, Opladen und Farmington Hills.

Giesecke, Hermann (1980/1971): Die Jugendarbeit, 5., völlig neu bearb. Aufl., München (= www.hermanngiesecke.de/juga.htm)

Habermas, Jürgen (1990; 1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 1. Aufl. 1962, 20. Aufl. 1990, Frankfurt am Main.

Hansen, Rüdiger/Knauer, Raingard/Sturzenhecker, Benedikt (2009): Die Kinderstube der Demokratie – Partizipation von Kindern in Kindertageseinrichtungen. In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik, H. 2, S. 46-50.

Hansen, Rüdiger/Knauer, Raingard/Sturzenhecker, Benedikt (2011): Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern! Weimar und Berlin (i.E.).

Hörnig, Karl Heinz/Michailow, Matthias (1990): Lebensstil als Gesellschaftsform. Zum Wandel von Sozialisationsstruktur und sozialer Integration. In: Soziale Welt, Sonderheft 7, S. 501-521.

Köcher, Renate (2010): Der Ruf nach dem Plebiszit. Umfrage des Allensbach-Instituts für die F.A.Z. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe Nummer 244, S. 5, 20.10.2010. (www.faz.net/-0liz9k.)

Rauschenbach, Thomas/Schilling, Matthias (1995): Die Dienstleistenden. Wachstum, Wandel und wirtschaftliche Bedeutung des Personals in Wohlfahrts- und Jugendverbänden. In: Rauschenbach, Thomas/ Sachße, Christoph/Ölk, Thomas (Hrsg.): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch, Frankfurt a. M., S. 321-355.

Richter, Helmut (1999): Zur Rückgewinnung kommunikativer Macht gegenüber einer gesteuerten Nachfrage. In: Hamburger, Franz/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Sozialpädagogik und Öffentlichkeit. Systematisierungen zwischen marktorientierter Publizität und sozialer Dienstleistung, Weinheim, S. 19-35.

Richter, Helmut (2000): Vereinspädagogik. Zur Institutionalisierung der Pädagogik des Sozialen. In: Müller, S. et. al. (2000): Müller, Siegfried/Sünker, Heinz/ Alk, Thomas/Böllert, Karin (Hrsg.) (2000): Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven, Neuwied, S. 154-164.

Richter, Helmut (2011): Demokratie. In: Otto, HansUwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit, 4. Aufl., München, S. 228-236.

Richter, Helmut/Jung, Michael/Riekman, Wibke (2007): Jugendverbandsarbeit in der Großstadt. Perspektiven für Mitgliedschaft und Ehrenamt am Beispiel der Jugendfeuerwehr Hamburg. Abschlussbericht, Hamburg.

Richter, Helmut/Riekman, Wibke (2007): Demokratische Bildung in der Jugendverbandsarbeit. Zur Integration unterrepräsentierter Gruppen in der Jugendfeuerwehr Hamburg. In: deutsche jugend, Jg. 55, H. 1, S. 30-37.

Riekman, Wibke (2010): Demokratie und Verein. Potenziale demokratischer Bildung in der Jugendarbeit. Ms. Diss., Hamburg.

Schneekloth, Ulrich (2006): Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme. In: Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. 15. Shell Jugendstudie, Frankfurt am Main, S. 103-144.

Schumpeter, Joseph Alois (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2., erw. Aufl., Bern.

Sturzenhecker, Benedikt (2007): Zum Milieucharakter von Jugendverbandsarbeit. Externe und interne Konsequenzen. In: deutsche jugend, H. 3, S. 112-119.

Sturzenhecker, Benedikt/Richter, Elisabeth (2010): Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit – partizipative Potenziale nutzen. In: Himmelmann, Gerhard/ Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung, Wiesbaden, S. 103-115.

Serie: Die WirkungsStätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeit- und Bildungsprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden und Seminaren bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum porträtiert in dieser Serie Jugendverbände und ihre WirkungsStätten. Alle bisherigen Reportagen finden sich unter: www.ljr-hh.de/serie-wirkungsstaetten.425.0.html

»Man muss bewegen, was man bewegen möchte«

WirkungsStätten historisch: Heime für Jugendgruppen, der Aufbau moderner Jugendarbeit und der Anstoss zur Abschaffung der Prügelstrafe

Von Marie-Charlott Goroncy, Hamburg

Hamburg in den Nachkriegsjahren. Die Stadt liegt in Trümmern. Verwüstung herrscht jedoch nicht nur äußerlich. Auch die Menschen haben mit den Folgen des Krieges zu kämpfen. Verelendung und Perspektivlosigkeit sind allgegenwärtig. Inmitten dieses Chaos' lebt die Jugend – die Nachkriegsgeneration. Sie muss sich ihren Platz im zerstörten Hamburg suchen und den schwierigen Alltag bewältigen. Während die Hamburger am Wiederaufbau der Stadt arbeiten, formieren sich auch zahlreiche Jugendverbände und eine sehr aktive Jugendbehörde.

Gemeinsam schaffen sie Freizeitangebote, Spielmöglichkeiten und Freiraum für die Jugendarbeit.

Sprung in das Jahr 1952. Der 12jährige Helmut Riedel hat durch das Fenster direkten Blick auf die Außenalster. Frau Brauer serviert Saft und Kekse. Neben ihm sitzen seine Freunde und vor ihnen ein stattlicher Mann. Max Brauer thront in seinem Sessel vor der Balkontür und hört, was die Kinder zu sagen haben. Die jungen Abgesandten der Hamburger Falken, dem Landesverband der Sozialistischen Jugend Deutschlands, haben einen Termin beim Ersten Bürgermeister Hamburgs.

Sie wollen ihm Vorschläge zur Verbesserung der Spielsituation in Hamburg machen.

Heute ist Helmut Riedel siebzig Jahre alt, seine Haut faltig und die Stimme rau. »Erinnerungen sind rückläufig und verblasen«, sagt er bedächtig. Die Erinnerungen an diesen einen Tag scheinen jedoch gestochen scharf zu sein. Seine Erzählung kommt nicht ins Stocken – sie ist flüssig und bei dem Gedanken an »die wunderschöne Wohnung« des Bürgermeisters und dessen »reizende Gattin« zeichnet sich ein bübisches Lächeln auf Riedels Gesicht ab. Er versucht, ein Bild von Hamburg zu zeichnen. So wie er es 1952, sieben Jahre nach Beendigung des Kriegs und mit jungen Augen wahrnahm:

Was ist heute in den ehemaligen Heimen für Jugendgruppen? Wer kennt ihre Geschichte?

26 Heime für Jugendgruppen listet das Handbuch der Freien und Hansestadt Hamburg in der Ausgabe von 1956 (s. S. 14). Keins dieser Heime ist in seiner Form erhalten geblieben. Die Nutzung der Häuser hat sich gewandelt.

Der diesmalige Artikel in unserer Serie »Die WirkungsStätten« berichtet über die Entwicklung der Jugend(verbands)arbeit in der Nachkriegszeit und fünfziger Jahren, in der diese Heime eine besondere Rolle spielten. Die Bilderserie auf den nachfolgenden Seiten zeigt aktuelle Aufnahmen ein paar jener Häuser, in denen die Stadt Hamburg diese Heime unterhalten hatte.

Wer weiß mehr über die Geschichte dieser Heime? Wer hat noch alte Photos? Wer kann sich an die Treffen der Jugendverbände in den Heimen erinnern? Wer war dort selbst aktiv? punktum ruft dazu auf, uns Photos, Berichte und Geschichten zuzusenden, um diesen historischen Teil der Jugendverbandsarbeit in Hamburg nicht in Vergessenheit fallen zu lassen.



Bahrenfelder Str. 131 | Von Jugendarbeit keine Spur mehr; heute ein Wohnhaus mit Ladenzeile in Ottensen.

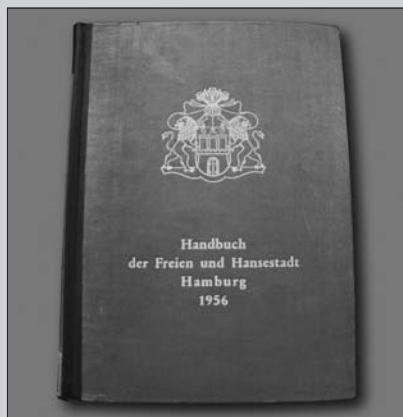
WirkungsStätten historisch: Heime für Jugendgruppen 1956

Handbuch der Freien und Hansestadt Hamburg (Auszug)

Auf Seite 138 des Handbuches der Freien und Hansestadt Hamburgs (hrsg. vom Senatsamt für den Verwaltungsdienst, Hamburg 1956) heißt es nüchtern:

»Die Heime stehen Jugendorganisationen und Jugendverbänden für ihre Gruppenzusammenkünfte (Heimabende) zur Verfügung.« Wir dokumentieren hier diese

Liste samt der benannten »Heimwarte«. Wieder aufgefunden hat das Buch Carlo Klett, Geschäftsführer des Landesjugendrings Hamburg.



Bahrenfelder Straße 131
Hamburg-Altona 1
Heimwart: Hermann Gehrke

Beim alten Schützenhof 11
Hamburg 21
Heimwart: Ernst Pusch

Berner Heerweg 187
Hamburg-Farmsen 1
Heimwart: Alfons Dulleck

Billstedter Hauptstraße 138
Hamburg-Billstedt 1
Heimwart: Johannes Brüning

Binnenfeldredder 17
Hamburg-Bergedorf 1
Heimwart: Wilhelm Schulz

Brödermannsweg 46
Hamburg 20
Heimwart: Albert Schultz

Bundesstraße 101
(Max-Zelck-Heim)
Hamburg 13
Heimwart: Kurt Kozakowski

Eißendorfer Straße 195
Hamburg-Harburg
Heimwart: Louise Salewski

Fabricsstraße 270
Hamburg-Bramfeld
Heimwart: Gisela Stopperka

Horner Brückenweg 24
Hamburg 34
Heimwart: Hans Wolpers

Hütten 40
Hamburg 36
Heimwart: Elisabeth Sülau

Loogestraße 21
(Gorch-Fock-Heim)
Hamburg 20
Heimwart: Ella Richter

Lothringer Straße 18
Hamburg 43
Heimwart: Otto Winkelmann

Neuer Pferdemarkt 36
Hamburg 6
Heimwart: Georg Siedler

Oesterleystraße 20
Hamburg-Blankenese
Heimwart: Charlotte Norbeck

Ohlstedter Straße 44
Hamburg-Wohldorf
Heimwart: Richard Smits

Rotenhäuser Damm 30
Hamburg-Wilhelmsburg
Heimwart: Henry Bauer

St.-Jürgenstieg 1
Hamburg-Berne
Heimwart: Heinrich Ziebel

Schloß Bergedorf
Hamburg-Bergedorf 1
Heimwart: Walter Steinfatt

Sternschanzenanlage
Hamburg 6, Sternschanze 2
Heimwart: Günther Jaekel

Thedestraße 39
Hamburg-Altona 1
Heimwart: Paul Malzahn

Vogt-Wells-Straße 19
Hamburg-Lokstedt 1
Heimwart: Mariechen Santen

Wandrahmsbrücke
Hamburg 11
Heimwart: Fritz Nordhorn

Winsener Straße 72 a
Hamburg-Harburg 1
Heimwart: Gustav Möller

Wittenkamp 17b
Hamburg 33
Heimwart: Helmut Günther

Wolliner Straße 100
Hamburg-Rahlstedt
Heimwart: Elly Tiedemann



Berner Heerweg 187 | Die 1846 gegründete Pestalozzi-Stiftung Hamburg betreibt heute hier in Farmsen-Berne die »Jugendfreizeitloungé«; ein Treffpunkt für junge Menschen aus dem Stadtteil.



Neuer Pferdemarkt 36 | Unweit vom Millerntor-Stadion befindet sich das ehemalige Haus der Hitlerjugend, das in der Nachkriegszeit zum Heim für Jugendgruppen umgewandelt wurde; heute eine Szene-Bar.

»In den fünfziger Jahren waren noch große Mengen zerstörter Häuser und Schutthalden in dieser Stadt vorhanden. Wir Kinder hatten nur anormale Spielplätze – die Trümmerfelder – zur Verfügung. Erst Ende des Jahrzehnts nahm die Stadt wieder ein aufgeräumtes und von Trümmern befreites Gesicht an.« Trümmerfelder – gefährlich, dreckig und kein guter Platz zum Toben. Die Falken, die sich bereits 1945 wieder formiert hatten, kamen auf eine Idee: Sie beschlossen, einen Wettbewerb ins Leben zu rufen. Die jungen Mitglieder des Verbandes sollten Entwürfe zur Verbesserung der Spielsituation in Hamburg entwickeln. »Auf Wandzeitungen und mit Bastelmodellen schlugen die Kinder Spielplätze für konkrete Stadtteile vor, und wir haben zwei Tage lang den Fleiß, die schöpferische Leistung und die Qualität der Darstellung bewertet«, berichtet Riedel. Der Verband der Falken hatte zwar bereits eigene Jugendhäuser für Gruppentreffen. Darüber hinaus standen ihnen und anderen Jugendverbänden von der Stadt gestellte Räumlichkeiten zur Verfügung. Dennoch wollten sie die Spielsituation für die gesamte Hamburger Jugend verbessern.

Der Bürgermeister hört sich geduldig an, was die jungen Falken zu berichten hatten. Natürlich würden diese Spielplatzvorschläge berücksichtigt, verspricht er. Und mehr Raum für Kinder und Jugendliche – auch das hat er verstanden. Aber eine Sache ist da noch! Max Brauer fragt frei heraus: »Was muss denn aus

Eurer Sicht in dieser schwierigen Phase des Wiederaufbaus noch berücksichtigt werden?« Helmut ergreift mutig das Wort: »Wir finden, dass es überhaupt nicht in Ordnung ist, dass es immer noch Rohstöcke in den Klassenräumen gibt und die Lehrer die auch benutzen dürfen!« Kurze Stille. »Wir Falken sind gegen die Prügelstrafe«, legt er nach. Mit dieser Forderung und einem guten Gefühl treten die Kinder aus der Wohnungstür der Familie Brauer.

Sechs Wochen später ist die Prügelstrafe an Hamburgs Schulen über den Landesschulrat auf Anweisung des ersten Bürgermeisters hin abgeschafft worden. Helmut erfährt davon über seinen Vater, der als Lehrer in Finkenwerder tätig ist. Dieses Erlebnis hinterlässt einen tiefen Eindruck bei den jungen Menschen. Es zeigt ihnen, dass sie in ihrer Stadt etwas bewegen können. Es zeigt ihnen auch, wie wichtig es ist, eine kritische Einschätzung zur aktuellen Situation in Hamburg zu entwickeln und zu artikulieren. Und sie begreifen, dass eine Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung möglich ist. Die Aktion der Falken steht repräsentativ für Themenfelder, in denen sich die Jugend der damaligen Zeit bewegte. Sie forderten trotz oder gerade wegen der schwierigen Nachkriegszeiten ihren Raum ein, gestalteten ihre Freizeit konstruktiv und sorgten für Entfaltungsmöglichkeiten.

Jugendverbände waren Ende der 1940er und in den 1950er Jahren hinsichtlich des Freizeitangebots konkurrenzlos. Aus diesem Grund kam

es zu einem regelrechter Boom: Immer mehr Jugendorganisationen wurden ins Leben gerufen. Familie und Schule konnten Kindern und Jugendlichen aus finanziellem und Kräfte-mangel keine Freiräume bieten – genau das schufen hingegen Jugendverbände. Sie organisierten nicht nur gemeinsame Fahrten und Aktionen. Sie veranlassten die Jugendlichen auch dazu, sich unter pädagogischer Leitung zu organisieren und in einem gemeinschaftlichen Verbund Verantwortung zu übernehmen. Zudem trugen sie zur Persönlichkeitsentwicklung der Jugend bei: Sie vermittelten Werte und Normen und forderten dazu auf, gesellschaftliche Leistung zu erbringen, die notwendig war, um aus dem Chaos der Nachkriegszeit herauszutreten.

Die Jugendverbandsarbeit funktionierte damals auf zwei Ebenen. Verbände wie die Falken, die ihre Arbeit und ihre Gruppenhäuser auf eigene Faust zum Erfolg führten, wurden von der Stadt gefördert. Dieser selbstorganisierten Jugendarbeit standen von der Stadt gestellte Jugendheime gegenüber, die vollständig von ihr unterhalten wurden. In kostenlosen Räumlichkeiten konnten Jugendgruppen arbeiten und offene Jugendtreffs stattfinden. Diese Heime für Jugendgruppen waren allerdings in der Regel nur werktags und für einige Abendstunden nutzbar. Grund hierfür war, dass die Tore der Häuser nur unter Aufsicht des Heimwerts geöffnet wurden. Dieser erhielt zwar meist ein Wohnrecht im oder beim Jugendheim, wurde jedoch von der Stadt für seine Tätigkeit nur mit



Sternschanze 2 | War der heutige Eingangsbereich zur U/S-Bahn Sternschanze ehemals ein Heim für Jugendgruppen?



Thedestr. 39 | In der ehemaligen Baur'sche Warteschule von 1867 in Altona sitzt heute das Ausbildungsunternehmen »Junge Werkstatt« (eine Tochtergesellschaft des Berufsbildungswerks Hamburg), welche die berufliche Integration von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen fördert.

alle Fotos © Helge Häling

einer geringen Aufwandsentschädigung entlohnt. Deshalb waren die Heimwärter genötigt, tagsüber einer anderen Arbeit nachzugehen. Die Konsequenz für junge Leute: Begrenzter Freiraum. Beschränkt waren Jugendverbände auch in der Gestaltung der Gruppenräume. Die kreative Entfaltung war nicht möglich, und die Identifikation mit der Örtlichkeit blieb auf der Strecke. Dennoch war immerhin Raum für offene und verbandliche Jugendarbeit vorhanden.

Aus vielen Richtungen ertönte die Forderung, die Situation für die Jugend stetig zu verbessern. Zum einen wurde diese Entwicklung von Menschen wie Helmut Riedel forciert. Er hatte durch seine langjährige Aktivität bei den Falken erkannt, dass der Entwurzelung der jungen Nachkriegsgeneration mit Jugendarbeit aktiv entgegen getreten werden muss. Während seiner späteren Arbeitskarriere in der Jugendbehörde trat er mit Nachdruck für die Förderung der Jugendarbeit ein. »Man muss bewegen, was man bewegen möchte und dafür muss man sich selbst bewegen«, sagt er und dahinter steht er bis heute. Zum anderen wurden in der Politik ebenso Stimmen laut, der Jugend eine verbesserte Zukunftsperspektive zu geben. Mit großen Schritten ging in dieser Zeit Paula Karpinski voran. Sie wurde 1946 von Max Brauer zur Jugendsenatorin Hamburgs ernannt und war damit die erste Frau überhaupt, die in ein deutsches Landeskabinett berufen wurde.

Aus einem sozialdemokratischen Elternhaus kommend, engagierte sie sich schon mit sechzehn Jahren im Arbeiterjugendbund der SPD. Das Hamburger Echo lobte sie bereits am Beginn ihrer Senatorenkarriere: »Nun, Paula Karpinski ist Frau und Mutter mit genügend praktischer Erfahrung als Wohlfahrtspflegerin und einem Herzen, reich genug, es über die ihr jetzt anvertraute große Familie auszuschütten.« Neben Max Brauer, der den Wiederaufbau der Hansestadt mit Nachdruck vorantrieb, setzte sie mit äußerster Hartnäckigkeit ihre Vorstellungen in der Jugend-, Familien- und Frauenpolitik durch. Nach Angaben der Jugendbehörde von 1949 hat Karpinski in ihren ersten drei Amtsjahren dafür gesorgt, dass neun Jugendamtsheime, 16 Jugendwohnheime und fünf Erziehungs- und Durchgangsheime eingerichtet wurden, in denen über 20.000 Jugendliche ein- und ausgingen. Für das Erreichen ihrer Ziele legte sie sich auch mit dem Ersten Bürgermeister Max Brauer an: Als Karpinski der Meinung war, dass die Trümmfelder am Stintfang der beste Platz wäre, um eine dringend benötigte Jugendherberge zu errichten, kam es fast zum Streit mit Max Brauer. Der hätte diesen Ort, mit Blick auf die Elbe und den Hafen, lieber für repräsentative Bauten



Foto © Marie-Charlotte Gorony

Ein Leben in der und für die Jugend(verbands)arbeit: Helmut Riedel

verwendet. Mit ihrer Überzeugungskraft setzte sie sich und die Jugendherberge jedoch durch. Menschen wie Helmut Riedel und Paula Karpinski halfen so jeweils auf ihre eigene Art und Weise sowie im Rahmen ihrer Möglichkeiten, das Fundament für eine moderne Jugendarbeit zu legen.

Veränderungen. Dennoch erlebten die Jugendheime ab Mitte der 1970er Jahre einen Rückgang. Riedel führt diesen Prozess auf verschiedene gesellschaftliche und infrastrukturelle Veränderungen in der Stadt Hamburg zurück: »Ab Mitte der 70er Jahre ließen die Jugendverbände in ihrer Organisationskraft nach, was primär mit sinkenden Mitgliederzahlen zusammenhängt«, berichtet er. Dies wiederum sei vor allem darauf zurückzuführen, dass sich innerhalb von drei Jahrzehnten nach dem Krieg die Popkultur und die Tourismusindustrie entwickelten. Gab es zuvor keine bessere Möglichkeit, als mit den verschiedenen Jugendverbänden zu verreisen, konnte man sich nun das Ferienerlebnis kaufen. Der gekaufte Spaß bedeute: Sich nicht an gemeinsamer Verantwortung zu beteiligen, die in einem Jugendverband Tradition hat. »Die Jugendlichen müssen sich vor der Reise innerhalb der Gruppe keine Gedanken mehr machen, keine Programme für die Fahrt entwerfen oder Aufgaben übernehmen«, und gaben damit, laut Riedel, gesellschaftlichen Veränderungen nach. Auch in der Freizeitgestaltung boten sich auf einmal Alternativen zu den offenen Treffs der Jugendheime: Nicht nur mit der Hamburger Reeperbahn entstand eine – nach Riedel – »Ballermannkultur«. Neue Clubs und die erlebnisreiche Partyszene standen in Konkurrenz zur Jugendverbandsarbeit und wirkten reizvoll auf die Jugend.

Hinzu kamen Veränderungen in der Bebauungsstruktur unserer Stadt, die eine direkte Folge

des Wiederaufbaus waren. Die Jugendheime waren vielfach in Restteilen zerstörter Häuserflügel oder alten Militärbaracken unterbracht. Diese Gebäude sind der Neubebauung zum Opfer gefallen. Da die Nachfrage an Räumlichkeiten für die Jugendverbandsarbeit zurückging, so Riedel, war die Errichtung neuer Jugendheime vielerorts nicht notwendig. Mit Nachdruck hält er fest, dass Sparmaßnahmen nicht ausschlaggebend waren für eine Reduzierung der Jugendheime. Dieses begründet er sehr pragmatisch: »80 Prozent der Politiker waren bis in die 1970er Jahre hinein in irgendeinem Jugendverband involviert. Das ist heute nicht mehr so. Aber damals war es nicht sehr schwer, sicherzustellen, dass man, wenn man spart, nicht bei den Jugendverbänden Kürzungen vornimmt. Denn dort haben viele Abgeordnete ihre Sozialisation erfahren, alle ihre Organisationstalente gewonnen und gelernt, selbst Hand anzulegen. Sie machten im einfachen Sinne Politik in der Gruppe und im Verband und konnten dann diese Erfahrungen auf das soziale Gesamtwesen unserer Stadt übertragen.«

Fest steht, dass die umfangreich betriebene Jugendarbeit in der Nachkriegszeit der Entwurzelung der jungen Generation und der Verelendung ihrer Familien entgegenwirkte. Sie lebte den Jugendlichen Strukturen vor und vermittelte Zukunftsperspektiven.

Helmut Riedel, der heute immer noch auf verschiedenen Ebenen ehrenamtlich aktiv ist, schließt mit den Worten: »Gott sei Dank gibt es heute immer noch junge Menschen, die es lieben, im Rahmen der Jugendverbandsarbeit Dinge systematisch, gründlich, intensiv und kreativ zu erleben und nicht nur konsumtiv am Strand zu liegen und auf den nächsten Flirt zu warten.«

Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2012 Ausschreibung

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) schreibt den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2012 – **Hermine-Albers-Preis** – in den Kategorien Praxispreis, Theorie- und Wissenschaftspreis sowie Medienpreis der Kinder- und Jugendhilfe aus. Der Hermine-Albers-Preis wird von den Obersten Landesjugend- und Familienbehörden gestiftet und vom AGJ-Vorstand alle zwei Jahre verliehen.

Praxispreis: Gemeinsam leben und lernen – Inklusion als Perspektive in der Kinder- und Jugendhilfe

Bereits die Sachverständigenkommission für den 13. Kinder- und Jugendbericht betonte den notwendigen Zusammenhang zwischen Befähigungsgerechtigkeit und Inklusion und Beteiligung. Dabei werden Inklusion und Beteiligung als Herausforderungen, Verpflichtungen und Aufgaben einer sozialen Gemeinschaft verstanden, alle Menschen in vergleichbarer Weise von Geburt an bis ins Alter am Leben in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv zu beteiligen und nicht Sonderbezirke oder sogenannte Schonbereiche für bestimmte Gruppen von Menschen (z. B. für Menschen mit Behinderung, Zugewanderte oder sozial Benachteiligte) zu schaffen. Gleichzeitig orientiert sich Inklusion an der Anerkennung von Vielfalt als Voraussetzung für gelingende Bildungs- und Erziehungsprozesse. Die Kinder- und Jugendhilfe stellt sich in vielfältiger Form dieser Herausforderung.

Im Rahmen der Ausschreibung des Praxispreises 2012 werden Träger gesucht, die mit ihrer Arbeit aufzeigen, wie das Thema Inklusion in den pädagogischen Alltag integriert wurde. Dargestellt werden soll in den einzureichenden Arbeiten: welche Maßnahmen ergriffen wurden, Hindernisse für Teilhabe abzubauen und die Anerkennung der Vielfalt als Grundlage des pädagogischen Handelns zu etablieren; welcher diesbezügliche Qualitätsmaßstab für die Organisationsentwicklung der Einrichtung zugrunde liegt und wie der Inklusionsgedanke in der praktischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zum Ausdruck kommt. Ausgezeichnet werden sollen Arbeiten, die zu dem jeweils ausgeschriebenen Thema innovative Modelle, Konzepte bzw. Strategien der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe beschreiben und dieser neue Impulse geben sowie zu ihrer Weiterentwicklung beitragen.

Theorie- und Wissenschaftspreis

Mit dem Preis sollen Wissenschaftler/innen und Fachkräfte, insbesondere auch Nachwuchskräfte, im Bereich der Sozialen Arbeit, Erziehungswissenschaft und/oder Kinder- und Jugendhilfe für ihre Arbeit ausgezeichnet und gefördert werden. Für den Preis können fachtheoretische und wissenschaftliche Arbeiten der jüngsten Zeit eingereicht werden, die der Theorie der Kinder- und Jugendhilfe neue Impulse geben. Dabei sind auch Arbeiten gefragt, die aufzeigen, wie Erfahrungen aus der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe in Theorie, Wissenschaft und Ausbildung aufgegriffen werden.

Die eingereichten Qualifikationsarbeiten sollen in der Regel das Niveau einer wissenschaftlich beachtlichen, schriftlichen Arbeit (Dissertation) haben. Die theoretische bzw. wissenschaftliche Intention der Arbeiten mit ihrem Bezug zur Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) soll in einem Exposé zur schriftlichen Arbeit erläutert werden.

Medienpreis

Dieser Preis würdigt hervorragende publizistische Arbeiten – sei es in Tages- oder Wochenzeitungen, in regionalen oder überregionalen Medien, in Printmedien, Online-Medien oder in Rundfunk und Fernsehen – die zu einem Verständnis der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe beitragen und/oder die Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien einer breiten Öffentlichkeit bewusst machen. In diesem Zusammenhang können Journalistinnen und Journalisten nicht nur für einzelne Beiträge, sondern auch für ein kontinuierliches berufliches Engagement ausgezeichnet werden. Bei Einsendung einzelner Beiträge muss gewährleistet sein, dass diese in einem Zeitraum vom 31. Oktober 2009 bis 30. Oktober 2011 veröffentlicht wurden.

Dotierung der Preise: jeweils 4.000 Euro
Einsendeschluss für alle Bewerbungen: 31. Oktober 2011.

Informationen: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
Sabine Kummertat | Mühlendamm 3
10178 Berlin | Tel.: (030) 400 40 219
jugendhilfepreis@agj.de
www.agj.de/jugendhilfepreis

Ausbildung zum/r Jugendleiter/in Zwei Seminarangebote des Landesjugendrings Hamburg

Offen für alle, zeitlich kompakt, thematisch intensiv – dies zeichnet die Ausbildungskurse des Landesjugendrings zum/r Jugendleiter/in aus.

Themen der Kurse:

In Kleingruppen wird durch praktische Elemente, Spiel und Spaß Grundlagenwissen aus folgenden Bereichen vermittelt:

- Rolle und Aufgabe eines/r Jugendgruppenleiter/in
- Gruppenpädagogik und Gruppenregeln
- Rechtsgrundlagen
- Jugendpolitische Partizipationsmöglichkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Motivation
- Projektplanung
- Spiele
- Prävention sexualisierter Gewalt
- Förderungsmöglichkeiten der Jugendarbeit
- aktuelle jugendpolitische Themen

Der LJR-Kurs geht über zwei Wochenenden und findet im Niels-Stensen-Haus in Wentorf bei Hamburg statt. Beginn ist jeweils freitags um 18 Uhr, Ende sonntags gegen 15 Uhr. Die durchgehende Teilnahme an beiden Wochenenden (inklusive Übernachtung im Seminarhaus!) ist Voraussetzung für den Erhalt der Teilnahmebestätigung und damit der Jugendleitercard (Juleica). Pro Kurs können 15 Personen teilnehmen.

Termine:

Kurs 1: 17. – 19. Juni und
24. – 26. Juni 2011

Kurs 2: 21. – 23. Oktober und
4. – 6. November 2011

Ort: Niels-Stensen-Haus | Billeweg 32
21465 Wentorf

Infos: Landesjugendring Hamburg
Tel.: (040) 317 96 114 | info(at)ljr-hh.de

Teilnahmekosten:

Hamburger Jugendverbändler/innen: 45 €
(bis 27 Jahre), 60 €(über 27 J.)

Andere Personen aus den Bereich der Hamburger Jugendhilfe: 175 €(bis 27 J.),
240 €(über 27 J.)

Personen außerhalb der Jugendhilfe: 220 €
(bis 27 J.), 300 €(über 27 J.)

Alternative Stadtrundfahrten

Politisch-historische Bildung vor Ort: Hamburg im Nationalsozialismus – Verfolgung und Widerstand



Der Mut der Irene Wosikowski. Erinnerung an eine junge Frau im Widerstand gegen Faschismus und Krieg

»Ich bleibe unserer Sache treu«, schrieb Irene Wosikowski im Herbst 1944 aus dem Gefängnis an ihre Mutter, die ehemalige Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Alice Wosikowski. Dabei wusste die junge Frau zu diesem Zeitpunkt bereits, dass sie für ihre feste Überzeugung mit dem Leben bezahlen sollte. Am 13. September 1944 wurde Irene vom Volksgerichtshof in Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt und am 27. Oktober 1944 in Berlin Plötzensee hingerichtet.

Irene Wosikowski, die seit 1924 – im Alter von 14 Jahren – Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands (KJVD) war, flüchtete 1933 zunächst in die Tschechoslowakei und zog nach einem zweijährigen Studium in Moskau 1937 nach Paris. Dort schloss sie sich der Résistance an. Durch persönliche Gespräche versuchte Irene deutsche Soldaten im besetzten Frankreich von der Sinnlosigkeit des Krieges zu überzeugen: »Deutschland muss leben, deshalb muss Hitler fallen! Alle Waffen gegen Hitler!«

Ihre Weggefährten beschreiben Irene Wosikowski als eine »aktive, kämpferische, aber auch gesellige und sehr lebenslustige« Frau. Von einem Matrosen, der zunächst versprochen hatte, Flugblätter weiterzuleiten, wurde Irene schließlich verraten. Dass sie unter der anschließenden Folter der Gestapo keine Namen verriet, brachte ihr von ihren französischen Mitstreiter/innen den Ehrennamen »La femme allemande« ein.

Am Freitag, den 6. Mai 2011, erinnern die VVN/BdA, die AG Jugendweihe e.V. und der



LJR in einer gemeinsamen Veranstaltung an diese junge Heldin, das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 66 Jahren und die Befreiung vom Nationalsozialismus. Engagierte junge Frauen vom Mädchentreff »Dolle Deerns« in Kirchdorf-Süd werden die Lesung durch HipHop-Einlagen bereichern.

Termin: Freitag, 6. Mai 2011 von 19-21 Uhr

Ort: Bürgertreff Altona-Nord | Gefionstr. 3

Teilnahme: kostenlos

Der Seemann Wolf Hoffmann. Widerstand im Hamburger Hafen 1933 bis 1945. Alternative Hafenrundfahrt in Kooperation mit der AGIJ

Für junge und ältere Hanseaten bietet diese Hafenrundfahrt eine Alternative zu den »He lücht´s«, den viel Seemannsgarn erzählenden Barkassen- und Fremdenführern im Hamburger Hafen. Auch ohne seemännische Ausmalungen und Übertreibungen hat der Hafen eine interessante und wechselvolle Geschichte aufzuweisen.

Die Route führt durch die Speicherstadt zu Werften, in denen Arbeiter/innen Widerstand gegen die faschistische Kriegsmaschinerie leisteten. Mutige Seeleute lieferten Informationen aus dem Ausland, schmuggelten Zeitungen und Flugblätter und riefen zum Boykott kriegswichtiger Verladungen auf. Waffenlieferungen des Deutschen Reichs zur Unterstützung des Franco-Regimes in Spanien sowie die Aufrüstung für den Zweiten Weltkrieg sollten auf diese Weise behindert werden. Die Tour zeigt zudem ehemalige Zwangsarbeiterlager und die Sammelstelle, an der sich Sinti und Roma zur Deportation einfanden mussten, sowie die Schuppen im Hamburger

Freihafen, in denen so genanntes Judengut (der Besitz deportierter Juden) für die spätere Versteigerung eingelagert wurde.

In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Internationaler Jugendverbände (AGIJ) findet die Tour am Samstag, den 21. Mai, in Erinnerung an den Seemann Wolf Hoffmann statt. Er kämpfte im Spanischen Bürgerkrieg für die junge Republik und wurde später von der SS ermordet. Hierzu wird ein Mitglied des Vereins »Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-39« (KFSR) referieren. Auch der Bruder von Wolf Hoffmann, Gerd Hoffmann, plant an der Hafenrundfahrt teilzunehmen. In der Seemannsmission Duckdalben wird eine Informationstafel zur Ehrung Wolf Hoffmann angebracht.

Im Anschluss an die Hafenrundfahrt lädt die AGIJ zur weiteren Diskussion über den Spanischen Bürgerkrieg sowie zum geselligen Zusammensein mit Seeleuten und Live Musik ins Duckdalben ein. Die Rückfahrt erfolgt dann in eigener Verantwortung (mit HVV-Bussen oder Hafenfähren).

Termin: Samstag, 21. Mai 2011 von 13.30 bis 15.30 Uhr

Abfahrt: Pontonanlage im Binnenhafen an den Straßen Kajen und Hohe Brücke

Teilnahme: 8 €; ermäßigt 6 €

Alle Angebote der Alternativen Stadtrundfahrten mit ausführlichen Informationen finden Sie im Netz unter:

www.alternative-stadtrundfahrten.de

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.



Nehr Offsetdruck Media

Antonie-Möbis-Weg 3 • 22523 Hamburg
Telefon 040 / 57 19 73-0 • Telefax 040 / 571 09 62

Die Jugendhilfeausschüsse werden gewählt – die Regionalen Bildungskonferenzen beginnen mit ihrer Arbeit

Politische Arbeit ist in erster Linie (Mit-)Arbeit in Gremien. Das wissen in den Jugendverbänden alle. Und so wundert es niemand, wenn Jugendverbände in Gremien mitarbeiten wollen. Aber nicht überall dürfen sie das. Ein Zwischenbericht.

Zuerst die guten Nachrichten: Im Bezirk **Hamburg-Mitte** wurde Olaf Schwede, DGB-Jugend, von der Bezirksversammlung in den Jugendhilfeausschuss (JHA) gewählt und zwar auf Vorschlag mehrerer Jugendverbände und des Landesjugendrings. Auch in **Wandsbek** konnten die gemeinsamen Kandidaten der Hamburger Jugendverbände überzeugen: Arne Klindt, Hamburger Sportjugend, wurde erneut als stimmberechtigtes Mitglied gewählt. Reinhard Paulsen, Jugendfeuerwehr, fungiert in dieser Amtszeit als sein persönlicher Stellvertreter. Auch in **Hamburg-Nord** setzen die Verantwortlichen auf Kooperation mit Hamburger Jugendverbänden und auf Kontinuität. Erneut

wurde Dr. Stefan Brauckmann, Pfadfinderbund Nord, in den JHA gewählt – nach 2001, 2004 und 2008 nun zum vierten Mal in Folge. Bei Redaktionsschluss standen die Entscheidungen in **Harburg** (19. April) und in Eimsbüttel (28. April 2011) noch aus.

Aber was ist in Altona und in Bergedorf los? In beiden Bezirken wurde keine Person auf Vorschlag der Jugendverbände gewählt. An den Jugendverbänden bzw. am Landesjugendring lag es aber nicht, denn in beiden Bezirken hatten die Hamburger Jugendverbände Vorschläge gemacht. Die beiden Bezirksversammlungen wollten nicht. In Altona hat man entschieden, dass die Arbeit der Jugendverbände für die Jugendhilfe im Bezirk unbedeutend ist und in Bergedorf wurde die Wahl von der Verwaltung fehlerhaft vorbereitet. Ein Ergebnis, das vor allem Otto Fürst von Bismark freuen dürfte. Dieser wusste schon 1850: »Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt

sich immer noch regieren. Bei schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts«.

Immerhin: Konsequenz in seinen Entscheidungen ist man. Während alle Bezirke den Landesjugendring zur Mitarbeit in den Regionalen Bildungskonferenzen eingeladen haben, wird sowohl in Altona als auch in Bergedorf den Jugendverbänden die Mitarbeit verwehrt.

Die Liste der rechtswidrig zusammengesetzten Jugendhilfeausschüsse ist seit dem 24. März 2011 um zwei Fälle länger. Ob das juristisch korrekt ist, sollen andere entscheiden. Politisch besteht jedoch kein Zweifel: In Altona und in Bergedorf sollen wichtige Weichenstellungen ohne die Hamburger Jugendverbände getroffen werden. (ck)

»Wie willst Du leben?« DGB-Jugend startet Initiative

»Wie willst Du leben?« – diese Frage möchte die Gewerkschaftsjugend des DGB bundesweit im Rahmen ihrer neuen Jugendinitiative in Betrieben, Berufsschulen, an Hochschulen und in Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden diskutieren.

Die Initiative startet nun auch in Hamburg. Ziel ist eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Frage, was Jugendlichen wichtig ist. Schwerpunkt sind die drei großen Themenbereiche »Arbeit«, »Bildung« und »Freiheit«. Der Sprecher der DGB-Jugend, Olaf Schwede: »Jugendliche stehen heute vor einer immer schwierigeren Zukunftslage. Angesichts fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze, einer Zunahme an prekärer Beschäftigung und Leiharbeit und von Studiengebühren halten wir eine Diskussion über ihre Situation und Wünsche für extrem wichtig.« Mittelpunkt der Initiative ist die Webseite www.wie-willst-du-leben.de. Dort gibt es unter anderem einen Fragebogen, zahlreiche Möglichkeiten zur Meinungsäußerung, zum Austausch und der Vernetzung mit anderen Jugendlichen oder gesellschaftlich aktiven Organisationen. So schafft die Gewerkschaftsjugend eine Plattform für die junge

Generation im Kampf für ihre Perspektiven. Insgesamt werden im Rahmen der Initiative in den kommenden Wochen in Hamburg 30.000 Postkarten, Aufkleber und Plakate an Berufsschulen und in Betrieben verteilt. In der zweiten Phase im Herbst 2011 soll auf Grundlage der Befragungsergebnisse ein öffentlicher Diskussionsprozess in Dialogwerkstätten vor Ort, in Betrieben, an Berufsschulen und an Hochschulen stattfinden.

Für Rückfragen: Olaf Schwede
DGB Hamburg | Tel.: (040) 2858 – 256
[olaf.schwede\(at\)dgb.de](mailto:olaf.schwede(at)dgb.de)
Info: www.wie-willst-du-leben.de

DGB-Jugend ruft zur Demonstration am 1. Mai auf

Mit einem eigenen Block startet die DGB-Jugend um 11 Uhr vom Besenbinderhof (vor dem Gewerkschaftsgebäude, Nähe Hauptbahnhof) zur Demonstration unter dem Motto »Das ist das Mindeste: Faire Löhne – Gute Arbeit – Soziale Sicherheit«. Der Zug geht zum Museum der Arbeit in Barmbek. Auf der dortigen Abschlusskundgebung spricht auch Denise Klingbeil von der Gewerkschaftsjugend Hamburg.

TerminTicker

- **2.5.2011 | 15 h**
Landesjugendhilfeausschuss
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration | Raum 957 | Hamburger Str. 47
22083 Hamburg
- **8.5.2011**
Sonntagswerkstatt 22
»Ich sehe was, was du nicht siehst ...«
Macht, Rollen und Strukturen – Kenne ich meine Gruppe?
Zielgruppe: Fertige und werdende Jugendgruppenleiter/innen
Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände
Alfred-Wegener-Weg 3 | Landungsbrücken
20459 Hamburg
- **6.6.2011 | 15 h**
Landesjugendhilfeausschuss
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration | Raum 957 | Hamburger Str. 47
22083 Hamburg
- **27.6.2011**
Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg
Güntherstr. 34 | 22087 Hamburg

Aktuelles
Politisches und Rechtliches
Alternative Stadtrundfahrten
Hamburger Jugendverbände
Freizeiten und Seminare
Juleica
Service
punktum
Archiv und Links
Wir über uns
Suche >

www.ljr-hh.de Jetzt neu klicken – Relaunch der LJR-Website

Neues Design ... mehr Übersicht ... mehr Infos ... mehr Möglichkeiten ...

Neue Rubrik: Alle Infos rund um die Juleica

Neue Option: Die Juleica online beantragen

Politisches und Rechtliches: Mehr Informationen rund um Hamburger Jugend(verbands)politik

Alternative Stadtrundfahrten: Detaillierte Beschreibungen aller Touren und Hintergrundinformationen